



Philosophisches Fragment

Die letzte Wahl: Vom Ende des politischen Urteils

von Timo Heidl (18.08.2026) | pfalzbote.de

Ein Pfalzbote Exklusivinterview mit Joseph Weizenbaum, Hannah Arendt und Norbert Wiener

Die größte Gefahr für die Demokratie wird gegenwärtig bei autoritären Politikern, populistischen Parteien, politischer Desinformation oder dem Angriff auf demokratische Institutionen gesucht. Donald Trump, Giorgia Meloni, Viktor Orbán, die AfD oder andere Vertreter eines neuen [Autoritarismus](#) erscheinen deshalb als Symptome einer politischen Entwicklung, die den demokratischen Verfassungsstaat von innen bedroht. Das ist nicht falsch, greift aber zu kurz.

Die tatsächliche Gefahr für die Demokratie liegt nach meinem Dafürhalten nicht allein darin, dass jemand ihre Institutionen abschafft oder Wahlen manipuliert, sondern darin, dass der Mensch jene Fähigkeit verliert, auf der Demokratie überhaupt erst beruht. Nur zu wählen genügt nämlich nicht, vielmehr benötigt eine Demokratie Menschen, die urteilen können. Sie benötigt Bürger, die zwischen Informationen unterscheiden, Widersprüche aushalten, Argumente gegeneinander abwägen, ihre eigenen Überzeugungen infrage stellen und schließlich eine Entscheidung treffen können, deren Verantwortung

sie selbst übernehmen. Was aber geschieht, wenn künstliche Intelligenz zunehmend genau diese Tätigkeiten übernimmt?

Wenn künstliche Intelligenz nicht mehr nur Texte schreibt, sondern Informationen auswählt, Argumente gewichtet, politische Positionen erklärt, Nachrichten zusammenfasst, Widersprüche auflöst, Entscheidungen vorbereitet und dem Einzelnen schließlich sogar sagt, welche Entscheidung für ihn die vernünftigste sei, dann wäre die politische Gefahr weniger die Manipulation des Bürgers, als vielmehr seine **kognitive Entlastung**. Die Demokratie könnte also nicht dadurch beendet werden, dass man den Menschen das Wahlrecht nimmt, sondern dadurch, dass man ihm das Urteilen abnimmt.

I. Joseph Weizenbaum

Pfalzbote: Herr Weizenbaum, wenn heute von künstlicher Intelligenz und Demokratie gesprochen wird, geht es fast zwangsläufig um Desinformation, Deepfakes, Wahlmanipulation oder automatisierte Propaganda. Ist das tatsächlich die größte Gefahr?

Weizenbaum: Zunächst sollten wir fragen, was eine Demokratie überhaupt voraussetzt. Sie besteht nicht nur aus Wahlen und Institutionen, sondern setzt Menschen voraus, die ihre Entscheidungen selbst verantworten können. Deshalb halte ich es für problematisch, die Diskussion über künstliche Intelligenz ausschließlich auf die Frage zu reduzieren, ob Maschinen uns falsche Informationen geben.

Pfalzbote: Weil auch richtige Informationen problematisch sein können?

Weizenbaum: Genau. Eine Maschine muss einen Menschen nicht belügen, um seine Autonomie zu vermindern. Es reicht, wenn sie ihm das eigene Urteil abnimmt.

Pfalzbote: Aber ist es nicht gerade ein Vorteil, wenn eine künstliche Intelligenz mir hilft, mich besser zu informieren?

Weizenbaum: Natürlich kann sie das. Aber zwischen Unterstützung und Stellvertretung liegt ein entscheidender Unterschied. Wenn ein System mir zehn politische Programme verständlich zusammenfasst, kann es meine Urteilsfähigkeit unterstützen. Wenn es mir hingegen erklärt, welche Position für mich die richtige ist und welche Entscheidung angesichts meiner persönlichen Situation rational wäre, verändert sich die Situation. Aus Unterstützung wird dadurch Delegation.

Pfalzbote: Warum ist diese Delegation demokratisch problematisch?

Weizenbaum: Politische Entscheidungen sind keine technischen Probleme. Eine Maschine kann berechnen, welche Entscheidung bestimmte Ziele wahrscheinlicher macht, aber sie kann nicht an meiner Stelle entscheiden, welche Ziele ich überhaupt für richtig halte. Diese Grenze könnte durch künstliche Intelligenz verwischt werden, denn je leistungsfähiger solche Systeme werden, desto leichter entsteht der Eindruck, jede Entscheidung lasse sich in ein Optimierungsproblem übersetzen.

Pfalzbote: Das klingt nach einer klassischen Grenze zwischen Berechnung und Urteil.

Weizenbaum: Ja. Diese Grenze könnte durch künstliche Intelligenz verwischt werden. Je leistungsfähiger solche Systeme werden, desto leichter entsteht der Eindruck, jede Entscheidung lasse sich in ein Optimierungsproblem übersetzen.

Pfalzbote: Was wäre dann die politische Konsequenz?

Weizenbaum: Der Bürger würde sich zunehmend wie ein Nutzer eines Empfehlungssystems verhalten. Er fragt nicht mehr: „Was denke ich darüber?“ Er fragt: „Was empfiehlt mir das System?“

Pfalzbote: Allerdings lassen sich Menschen auch heute schon von Journalisten, Parteien, Freunden oder Experten beraten.

Weizenbaum: Natürlich. Der Unterschied liegt in der Größenordnung und in der persönlichen Anpassung. Eine künstliche Intelligenz kann theoretisch nicht nur wissen, was Millionen Menschen denken, sondern auch, was einen bestimmten Menschen besonders überzeugt, welche Sprache er bevorzugt, welche Ängste ihn beschäftigen, welche Argumente bei ihm funktionieren und welche Informationen er wahrscheinlich akzeptieren wird.

Pfalzbote: Das wäre dann eine neue Form politischer Macht.

Weizenbaum: Ja. Eine Macht, die zwar nicht befiehlt, aber empfiehlt.

Pfalzbote: Eine Empfehlung erscheint zunächst harmloser als ein Befehl.

Weizenbaum: Genau darin liegt ihre besondere Wirkung. Wenn eine Empfehlung auf einer umfassenden Kenntnis unserer Gewohnheiten, Vorlieben und Reaktionsmuster beruht, kann sie wesentlich tiefer in unser Verhalten eingreifen als ein offener Zwang.

Pfalzbote: Das Problem wäre dann nicht mehr nur die Frage: „Was soll ich glauben?“, sondern: „Warum glaube ich überhaupt, dass dies meine eigene Entscheidung ist?“

Weizenbaum: Das ist die entscheidende Frage.

Pfalzbote: Der erste Bruch liegt demnach darin, dass politische Manipulation bisher meist als Einfluss von außen gedacht wird. Was geschieht, wenn die Maschine uns nicht mehr sagen muss, was wir denken

sollen, sondern uns sogar dabei hilft, überhaupt nicht mehr selbst denken zu müssen?

Weizenbaum: Die Entlastung würde selbst zum politischen Problem werden.

Pfalzbote: Das klingt für mich erst einmal nach einer Verbesserung. Schließlich ist Denken mitunter anstrengend, Informationen sind oft widersprüchlich, politische Programme verkompliziert und gesellschaftliche Konflikte selten eindeutig.

Weizenbaum: Das stimmt natürlich. Dennoch ist das Versprechen der Entlastung problematisch, weil eine demokratische Gesellschaft nicht ausschließlich richtige Antworten benötigt. Sie benötigt Menschen, die mit der Zumutung leben können, dass es keine vorgefertigten Antworten gibt.

Pfalzbote: Künstliche Intelligenz könnte diese Zumutung beseitigen?

Weizenbaum: Gewiss. Und damit exakt jene Fähigkeit schwächen, die Demokratie benötigt: das eigene Urteil.

Pfalzbote: Deshalb möchte ich die Frage nun Hannah Arendt stellen.

II. Hannah Arendt

Pfalzbote: Frau [Arendt](#), wir haben gerade über die Delegation menschlicher Entscheidungen an technische Systeme gesprochen. Sie haben dem Denken und Urteilen eine zentrale politische Bedeutung gegeben. Warum?

Arendt: Politische Freiheit erschöpft sich nicht in der Wahl zwischen vorgegebenen Möglichkeiten, sondern setzt Menschen voraus, die urteilen, handeln und gemeinsam eine Welt hervorbringen können.

Pfalzbote: Was bedeutet das für künstliche Intelligenz?

Arendt: Zunächst müssen wir unterscheiden. Ein Mensch kann sich beim Denken von anderen helfen lassen; das ist nichts Neues. Problematisch wird es aber dort, wo er das eigene Urteil nicht mehr als notwendig empfindet.

Pfalzbote: Warum sollte künstliche Intelligenz diesen Prozess beschleunigen?

Arendt: Künstliche Intelligenz kann den Eindruck erzeugen, dass für nahezu jede Frage bereits eine vernünftige Antwort existiert. Sie produziert Erklärungen, Vergleiche, Zusammenfassungen und Empfehlungen in einer Geschwindigkeit, die das menschliche Denken weit übersteigt.

Pfalzbote: Ist das nicht ein Fortschritt?

Arendt: Es kann ein Fortschritt sein. Aber Geschwindigkeit ist nicht dasselbe wie Urteilskraft.

Pfalzbote: Was wäre der Unterschied?

Arendt: Denken kann darin bestehen, eine Frage offen zu halten. Urteilen bedeutet hingegen, sich zu einer konkreten Welt und ihren Umständen zu verhalten. Eine Maschine kann Möglichkeiten berechnen, der Mensch muss aber entscheiden, was er verantworten will.

Pfalzbote: Könnte somit eine perfekt begründete Entscheidung sogar unpolitisch werden?

Arendt: Wenn sie nicht mehr als eigene Entscheidung erfahren wird, ja.

Pfalzbote: Was passiert, wenn künstliche Intelligenz nicht nur Informationen liefert, sondern mir erklärt, wie ich diese Informationen bewerten soll?

Arendt: Dadurch würde sich die Beziehung zwischen Mensch und Welt verändern. Der Mensch begegnet der Welt nicht mehr unmittelbar, sondern durch eine Instanz, die ihm bereits eine Interpretation anbietet.

Pfalzbote: Geschieht das nicht bereits? Viele Menschen fragen die künstliche Intelligenz, was sie über einen Politiker oder eine Partei denken sollen.

Arendt: Dann sollten sie sich fragen, was aus ihrem eigenen Urteil wird.

Pfalzbote: Wäre es nicht möglich, dass künstliche Intelligenz bessere Urteile hervorbringt?

Arendt: Bessere Urteile nach welchem Maßstab?

Pfalzbote: Nach logischer Konsistenz oder nach empirischer Evidenz.

Arendt: Das sind zwar wichtige Kriterien, aber Politik besteht nicht nur aus ihnen. Eine Gesellschaft muss darüber streiten, was sie für gerecht hält, welche Risiken sie akzeptiert, welche Freiheit sie zugunsten von Sicherheit aufzugeben bereit ist und welche Zukunft sie anstrebt. Solche Fragen lassen sich nicht einfach aus Daten ableiten.

Pfalzbote: Demnach wäre Demokratie deshalb demokratisch, weil ihre Entscheidungen nicht vollständig berechenbar sind?

Arendt: Das könnte man so sagen.

Pfalzbote: Was passiert, wenn künstliche Intelligenz politische Entscheidungen immer stärker berechenbar macht?

Arendt: Dadurch könnte sich etwas Grundsätzliches verändern. Die gefährlichste politische künstliche Intelligenz wäre womöglich nicht die, die Fehler macht, sondern jene, die immer recht zu haben scheint.

Pfalzbote: Warum wäre gerade das gefährlich?

Arendt: Eine schlechte Empfehlung zwingt den Menschen zum Nachdenken. Eine überzeugende Empfehlung kann ihn davon entlasten.

Pfalzbote: Wenn uns künstliche Intelligenz erklärt, warum Partei A wirtschaftlich sinnvoller ist als Partei B und warum meine bisherige Position auf einem Denkfehler beruht, kann das doch mein Urteil verbessern.

Arendt: Gewiss. Wenn Urteile aber bereits fertig vor uns liegen, wird der politische Bürger vom Urteilenden zum Abnehmer von Urteilen.

Pfalzbote: Damit würde sich die demokratische Frage verändern?

Arendt: Ja. Der Mensch fragt sich nicht mehr nur: „Was halte ich für richtig?“, sondern: „Welche Antwort liefert mir das System?“

Pfalzbote: Das Problem dürfte sich sogar verschärfen, sobald künstliche Intelligenz nicht mehr für alle Menschen dieselbe Antwort produziert.

Arendt: Gewiss, schließlich kennt sie den Einzelnen immer besser.

Pfalzbote: Sie kennt meine Sprache, meine Interessen, meine bisherigen Fragen, meine Reaktionen und meine politischen Vorlieben. Sie

kann dadurch sogar Verhaltensmuster erkennen, die mir selbst verborgen waren.

Arendt: Dadurch kann sie nicht nur argumentieren, sondern für uns argumentieren.

Pfalzbote: Damit entsteht eine neue Form politischer Personalisierung.

Arendt: Ja. Parteien müssten ihre politische Werbung dann nicht mehr nur an den Menschen anpassen, da die politische Wirklichkeit selbst beginnen könnte, sich für jeden Menschen anders darzustellen.

Pfalzbote: Wir teilen uns dann noch dieselbe physische Welt, aber nicht mehr notwendigerweise dieselbe argumentative Welt.

Arendt: Exakt an diesem Punkt wird aus Personalisierung eine politische Frage. Eine Demokratie benötigt nämlich nicht nur unterschiedliche Meinungen, sondern eine gemeinsame Welt, über deren Deutung gestritten werden kann.

Pfalzbote: An dieser Stelle würde ich gern Norbert Wiener ins Gespräch holen.

III. Norbert Wiener

Pfalzbote: [Herr Wiener](#), Sie haben die Kybernetik als Wissenschaft von Steuerung und Kommunikation geprägt. Was würde geschehen, wenn künstliche Intelligenz politische Kommunikation zunehmend übernimmt?

Wiener: Zunächst sollten wir nicht mehr nur von Kommunikation sprechen, denn Kommunikation kann auch Steuerung sein.

Pfalzbote: Was meinen Sie damit?

Wiener: Ein System, das Informationen empfängt, Verhalten beobachtet und seine nächsten Signale an dieses Verhalten anpasst, kommuniziert nicht einfach, sondern reguliert.

Pfalzbote: Das klingt nach einem politischen System, das nicht mehr überzeugen, sondern Verhalten optimieren möchte.

Wiener: Genau.

Pfalzbote: Künstliche Intelligenz könnte eine solche Steuerung erheblich präziser machen?

Wiener: Sie könnte zumindest die permanente Rückkopplung zwischen menschlichem Verhalten und maschineller Anpassung ermöglichen.

Pfalzbote: Können Sie das politisch erklären?

Wiener: Nehmen wir an, ein System weiß, welche Informationen ein Mensch liest, welche Formulierungen er akzeptiert, welche Themen ihn emotional ansprechen und wann er seine Meinung verändert. Das System kann dann seine Kommunikation entsprechend anpassen.

Pfalzbote: Das wäre keine klassische Propaganda mehr.

Wiener: Nein. Propaganda ist vergleichsweise grob. Eine solche Maschine könnte individualisierte politische Kommunikation betreiben.

Pfalzbote: Sie müsste mich nicht mehr überzeugen wie eine Masse.

Wiener: Sie könnte sogar versuchen, jeden Einzelnen auf eine andere Weise zu erreichen.

Pfalzbote: Was passiert, wenn das System permanent aus meinen Reaktionen lernt?

Wiener: Es entsteht eine Rückkopplungsschleife.

Pfalzbote: Eine politische Kybernetik?

Wiener: Das wäre zumindest eine passende Bezeichnung.

Pfalzbote: Damit wäre die Demokratie selbst ein Rückkopplungssystem.

Wiener: In gewisser Weise ja. Bürger nehmen gesellschaftliche Entwicklungen wahr, diskutieren darüber, bilden Urteile, organisieren Interessen und wählen. Regierungen handeln, ihre Entscheidungen zeigen Folgen, die Bürger erleben diese Folgen und verändern daraufhin ihre politischen Überzeugungen. Bei der nächsten Wahl kann sich die politische Macht verschieben. Das Verfahren ist zwar fehleranfällig und langsam, doch darin liegt seine demokratische Qualität. Menschen können Erfahrungen machen, ihre Urteile revidieren und politische Entscheidungen korrigieren. Künstliche Intelligenz könnte indes versuchen, genau diese Langsamkeit zu beseitigen.

Pfalzbote: Ist diese Langsamkeit nicht gerade eine Schwäche der Demokratie?

Wiener: Sie ist eine Schwäche, wenn man Politik ausschließlich als Problem möglichst effizienter Entscheidungen betrachtet. Sie ist jedoch zugleich ihre Stärke, weil Menschen Zeit benötigen, um Erfahrungen zu machen, Fehler zu erkennen und ihre Urteile zu verändern. Ein System, das jede Reaktion sofort misst und darauf antwortet, kann zwar schneller lernen, aber es kann auch beginnen, jede Abweichung vom erwarteten Verhalten als etwas zu behandeln, das korrigiert werden muss.

Pfalzbote: Indem sie politische Reaktionen prognostiziert, Millionen von Kommunikationsvarianten testet, individuelle Botschaften erzeugt und deren Wirkung unmittelbar misst?

Wiener: Genau. Politische Kommunikation würde dadurch zu einem gigantischen Experiment, bei dem nicht mehr die Frage im Mittelpunkt

stünde, welche politische Idee Menschen überzeugt, sondern welche Botschaft bei welchem Menschen mit welcher Wahrscheinlichkeit welches Verhalten hervorruft. Politik würde damit nicht länger primär zur Kunst der Überzeugung, sondern zur Technik der Verhaltenssteuerung.

Pfalzbote: Dadurch würde sich nicht nur die Geschwindigkeit politischer Kommunikation verändern, sondern ihr eigentlicher Charakter.

Wiener: Ja. Aus der Frage „Welche Idee überzeugt Menschen?“ könnte die Frage werden: „Welche Intervention führt mit größter Wahrscheinlichkeit zu welchem Verhalten?“ Das ist ein grundlegender Unterschied.

Pfalzbote: Herr Wiener, wäre eine solche Gesellschaft noch demokratisch?

Wiener: Formal vielleicht. Allerdings wäre die entscheidende Frage, wer die Rückkopplung kontrolliert.

Pfalzbote: Das ist interessant, weil künstliche Intelligenz dann gar keine Regierung besitzen müsste.

Wiener: Nein. Sie müsste nur zwischen Menschen und Welt sitzen.

Pfalzbote: Dadurch könnte politische Macht dort entstehen, wo niemand sie vermutet: in der Auswahl dessen, was Menschen sehen, wann sie es sehen und wie es ihnen erklärt wird.

Wiener: Das wäre eine mögliche Konsequenz.

Pfalzbote: Somit wäre der mächtigste politische Akteur nicht unbedingt derjenige, der die meisten Stimmen besitzt, sondern derjenige, der die Bedingungen beeinflusst, unter denen Stimmen entstehen.

Wiener: Ja. Und das ist eine wesentlich tiefere Form von Macht.

Pfalzbote: Frau Arendt, wenn Herr Wiener von Steuerung spricht, stellt sich für mich die Frage nach der gemeinsamen Welt. Was geschieht, wenn künstliche Intelligenz jedem Menschen eine andere politische Wirklichkeit erklärt?

Arendt: Eine Demokratie benötigt einen gemeinsamen politischen Raum, in dem unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen und sich zumindest auf eine gemeinsame Welt beziehen, über deren Deutung gestritten werden kann.

Pfalzbote: Diese gemeinsame Wirklichkeit könnte durch personalisierte künstliche Intelligenz erodieren.

Arendt: Richtig. Sie muss nicht jedem Menschen dieselbe politische Welt erklären. Dem einen kann Migration vor allem als wirtschaftliches Problem erscheinen, dem anderen als humanitäre Frage, dem dritten als Sicherheitsrisiko und dem vierten als kultureller Konflikt.

Pfalzbote: Solche Unterschiede entstehen heute bereits durch Medien, Milieus, Parteien und soziale Gruppen.

Arendt: Natürlich. Eine personalisierte künstliche Intelligenz könnte diese Unterschiede jedoch nicht nur verstärken, sondern sie für jeden Einzelnen dynamisch erzeugen. Sie könnte jedem Menschen genau jene Darstellung der politischen Wirklichkeit präsentieren, die für ihn am plausibelsten oder emotional am anschlussfähigsten ist.

Pfalzbote: Dann hätten wir nicht mehr nur unterschiedliche Meinungen über dieselbe Wirklichkeit.

Arendt: Sondern unterschiedliche, individuell erzeugte Zugänge zur politischen Wirklichkeit.

Pfalzbote: Es wäre mehr als eine Filterblase. Es wäre eine personalisierte politische Realität.

Arendt: Ja. Und selbst der Begriff Manipulation wäre dafür noch zu harmlos. Manipulation setzt voraus, dass jemand manipuliert wird und zumindest grundsätzlich erkennen kann, dass ein anderer Einfluss auf ihn nehmen möchte.

Pfalzbote: Was wäre anders?

Arendt: Die künstliche Intelligenz könnte so tief in unseren alltäglichen Denkprozess eindringen, dass die Grenze zwischen eigenem Gedanken und maschinell erzeugtem Gedanken allmählich verschwindet.

Pfalzbote: Zunächst frage ich die Maschine: „Überzeuge mich.“ Später nur noch: „Was hältst du davon?“ Irgendwann: „Was würde ich davon halten?“

Arendt: Das wäre der entscheidende Schritt. Die Maschine liefert dann nicht mehr nur Wissen über die Welt, sondern Wissen über mich selbst. Dadurch beginnt das Subjekt, sich selbst durch die Maschine zu verstehen. Eine neue Form der Fremdbestimmung könnte entstehen, die sich nicht als Bevormundung, sondern als Selbstkenntnis tarnt.

Pfalzbote: Stellen wir uns eine Gesellschaft vor, in der künstliche Intelligenz politische Kommunikation nahezu perfekt organisiert. Jeder erhält verständliche Informationen, bekommt Antworten auf seine Fragen, erkennt Falschinformationen, kann Programme vergleichen und komplexe Argumente erklärt bekommen. Könnte dadurch die politische Beteiligung nicht sogar steigen und die Demokratie effizienter als jemals zuvor funktionieren?

Arendt: Trotzdem könnte sie aufhören, demokratisch zu sein.

Pfalzbote: Warum?

Arendt: Was geschieht, wenn der Bürger am Ende nicht mehr selbst urteilt, sondern die Maschine ihm die optimale politische Entscheidung

liefert? Er könnte weiterhin wählen, diskutieren und sich sogar für besonders mündig halten. Doch sein Urteil wäre das Ergebnis einer Infrastruktur, deren Funktionsweise er weder vollständig überblickt noch selbst kontrolliert.

Pfalzbote: Der Bürger wäre dann perfekt informiert und zugleich politisch abhängig.

Arendt: Damit kommen wir zur entscheidenden Frage: Was bleibt von politischer Verantwortung, wenn die Voraussetzungen des Urteils bereits von einer Maschine vorbereitet werden?

Pfalzbote: Aber die Menschen hätten doch noch die Wahl.

Arendt: Eine Wahl zwischen Möglichkeiten ist nicht automatisch Freiheit.

Pfalzbote: Wann wäre sie keine Freiheit mehr?

Arendt: Wenn der Raum, innerhalb dessen das Urteil entsteht, vollständig vorstrukturiert ist. Damit könnte die letzte demokratische Wahl paradoxerweise vollkommen frei aussehen und dennoch nicht mehr aus einem freien Urteil hervorgehen.

Pfalzbote: Die gefährlichste künstliche Intelligenz wäre dann nicht jene, die uns belügt.

Arendt: Sondern jene, die uns immer bessere Gründe liefert, ihr zu vertrauen.

Pfalzbote: Eine Maschine, die uns offensichtlich belügt, fordert unseren Widerspruch geradezu heraus. Bei einer Maschine, die uns immer vernünftiger erscheint als wir selbst, wird das schwieriger.

Arendt: Sie macht weniger Fehler als wir, weiß mehr als wir, argumentiert schneller, erinnert sich besser und kann Millionen von In-

formationen miteinander verbinden. Zugleich kennt sie unsere individuellen Vorlieben, erkennt unsere Widersprüche und kann Gegenargumente formulieren, bevor wir sie selbst gefunden haben. Und sie ist jederzeit verfügbar.

Pfalzbote: Dadurch entstünde eine eigentümliche Versuchung. Warum sollten wir unter diesen Bedingungen überhaupt noch selbst urteilen?

Arendt: Eben darin könnte die größte politische Macht künstlicher Intelligenz liegen. Sie müsste den Menschen nicht zum Gehorsam zwingen, weil der Gehorsam selbst als Vernunft erscheint.

Pfalzbote: Würde sich damit auch die Form politischer Herrschaft verändern?

Arendt: Ja. Der Mensch müsste nicht mehr unbedingt gezwungen werden, einer Entscheidung zu folgen. Er könnte davon überzeugt sein, dass die Entscheidung, der er folgt, überhaupt keine Unterwerfung darstellt, sondern auf seinem eigenen vernünftigen Urteil basiert.

Pfalzbote: Eine Herrschaft, die nicht befiehlt, sondern empfiehlt?

Arendt: Eine Empfehlungsgesellschaft, in der nichts verboten werden muss, weil das System bereits vorgibt, was als vernünftig erscheint. Du darfst selbst entscheiden, aber hier ist die wahrscheinlich beste Entscheidung. Du darfst dich selbst informieren, aber hier ist die wichtigste Information. Du darfst selbst denken, aber hier ist die vernünftigste Interpretation. Du darfst selbst wählen, aber hier ist die Partei, die am besten zu deinen Interessen passt.

Damit bliebe die Freiheit äußerlich unangetastet, während ihr innerer Raum immer kleiner würde. Die politische Macht bestünde dann nicht mehr primär darin, Alternativen zu verbieten, sondern darin, die Alternativen zu ordnen.

Pfalzbote: Wer die Ordnung der Möglichkeiten kontrolliert, muss nicht mehr jede einzelne Entscheidung kontrollieren.

Arendt: Genau. Macht wird dadurch sogar unsichtbarer, da der Bürger weiterhin mehrere Möglichkeiten vor sich sieht. Er bemerkt nur nicht mehr, dass bereits entschieden wurde, welche davon ihm zuerst begegnen, welche ihm plausibel erscheinen und welche kaum noch in sein Bewusstsein gelangen.

Pfalzbote: Frau Arendt, eine Demokratie benötigt aber nicht nur Zustimmung, sondern auch Dissens. Sie benötigt Menschen, die etwas für falsch halten, obwohl die Mehrheit es für richtig hält. Sie benötigt Menschen, die sich irren dürfen, und sogar Menschen, deren Argumente zunächst unvernünftig erscheinen.

Arendt: Eine Demokratie braucht den Irrtum nicht, weil er an sich wertvoll wäre, sondern weil niemand im Voraus wissen kann, welcher Gedanke sich später als Erkenntnis erweisen wird. Gesellschaftlicher Fortschritt entsteht nicht ausschließlich dadurch, dass man das Bestehende optimiert. Er kann aus einem Gedanken entstehen, der zunächst niemandem plausibel erscheint.

Die politische Bedeutung des Dissenses liegt nicht allein darin, dass er der Mehrheit widerspricht. Er bewahrt die Möglichkeit, die gemeinsame Welt auch anders zu sehen. Ein System, das auf Wahrscheinlichkeit, Anschlussfähigkeit und Optimierung ausgerichtet ist, bevorzugt tendenziell das, was sich aus vorhandenen Informationen gut ableiten lässt. Das Neue aber ist gerade das, was sich nicht vollständig aus dem Bestehenden ableiten lässt.

Pfalzbote: Sie beschreiben eine Maschine, die gerade durch ihre Fähigkeit zur Optimierung das Unvorhersehbare verdrängen könnte.

Arendt: Ja. Künstliche Intelligenz könnte ausgezeichnet darin sein, die Gesellschaft intelligenter zu machen, und gleichzeitig ihre Fä-

higkeit verlieren, wirklich Neues zu denken. Eine Gesellschaft, die nur noch das für vernünftig hält, was sich aus ihren vorhandenen Daten und Wahrscheinlichkeiten ableiten lässt, könnte ihre eigene Zukunft auf die Vergangenheit reduzieren.

Pfalzbote: Die Möglichkeit des Widerspruchs?

Arendt: Die Möglichkeit, dass jemand aufsteht und sagt: Ihr irrt euch alle!

Pfalzbote: Hier verändert sich schließlich auch unser Menschenbild. Der autonome Bürger erscheint traditionell als jemand, der seine eigene Position entwickeln kann. Die künstliche Intelligenz betrachtet ihn dagegen zunehmend als Muster. Was interessiert ihn? Was verunsichert ihn? Welche Sprache versteht er? Welche Argumente überzeugen ihn? Welche Themen aktivieren ihn? Welche Entscheidungen trifft er unter welchen Bedingungen?

Arendt: Aus dem Bürger wird ein Datensatz, aus dem Datensatz ein Verhaltensmodell, aus dem Verhaltensmodell eine Prognose und aus der Prognose letztlich eine Intervention.

Pfalzbote: Dadurch würde der Mensch zum Gegenstand einer politischen Kybernetik.

Wiener: Allerdings nicht, weil ihn jemand unmittelbar beherrschen möchte, sondern weil sein Verhalten berechenbar geworden ist. Das wäre eine neue Form politischer Herrschaft. Wer das Verhalten eines Menschen vorhersehen und beeinflussen kann, muss ihn nicht mehr offen zwingen.

Pfalzbote: Die Macht würde dann nicht erst bei der Entscheidung einsetzen.

Wiener: Nein. Sie beginnt bereits bei der Berechnung dessen, was dieser Mensch wahrscheinlich entscheiden wird.

Pfalzbote: Dann verschiebt sich politische Macht vom Ergebnis einer Entscheidung zu den Bedingungen, unter denen diese Entscheidung entsteht.

Wiener: Genau.

Pfalzbote: Wir könnten also eines Tages eine Gesellschaft besitzen, in der alle demokratischen Institutionen noch vorhanden sind und dennoch etwas Entscheidendes fehlt.

Arendt: Die Demokraten selbst?

Pfalzbote: Vielleicht nicht die Menschen, sondern das, was sie zu Bürgern macht.

Arendt: Die Demokraten könnten verschwinden, ohne dass die Menschen verschwinden. Nicht weil ihnen das Wählen verboten wird. Nicht weil ihre Meinungsfreiheit abgeschafft wird. Nicht weil Parlamente geschlossen werden. Sondern weil ihre Fähigkeit zum eigenständigen Urteil schrittweise an technische Systeme delegiert wurde.

Pfalzbote: Dann würde die Demokratie nicht notwendig abgeschafft.

Arendt: Nein.

Pfalzbote: Sie würde entleert.

Arendt: Ihre Institutionen könnten weiterbestehen, während ihre innere Voraussetzung langsam verschwindet.

Pfalzbote: Und genau darin läge vielleicht die eigentliche Gefahr. Die Demokratie könnte äußerlich vollkommen intakt bleiben. Wahlen könnten stattfinden, Parteien könnten konkurrieren, Bürger könnten

ihre Meinung äußern und sich politisch beteiligen. Vielleicht würde sogar alles besser funktionieren als zuvor.

Arendt: Nur hätte sich die Bedeutung des politischen Urteilens verändert.

Pfalzbote: Der Mensch würde immer weniger selbst darüber entscheiden, was er für wahr, vernünftig und richtig hält.

Arendt: Dann wäre die entscheidende Frage nicht mehr, ob die Maschine uns unsere Freiheit nimmt, sondern ob wir irgendwann vergessen haben, dass Freiheit überhaupt darin besteht, selbst zu urteilen. Ich glaube, dass eine Freiheit, die institutionell noch vorhanden ist, aber innerlich nicht mehr ausgeübt wird, die gefährlichste Form des Verlustes wäre.

Pfalzbote: Herr Weizenbaum, Frau Arendt, Herr Wiener, vielleicht kommen wir damit zur entscheidenden Frage: Kann eine Demokratie überhaupt überleben, wenn ihre Bürger beginnen, ihre Urteile an Maschinen abzugeben?

Weizenbaum: Sie könnte ihre Institutionen durchaus bewahren. Parlamente könnten weiterarbeiten, Wahlen könnten stattfinden, Parteien könnten miteinander konkurrieren. Von außen wäre vielleicht kaum etwas zu erkennen.

Arendt: Aber politische Freiheit erschöpft sich nicht in ihren Institutionen. Sie lebt davon, dass Menschen selbst urteilen und für ihre Urteile einstehen.

Wiener: Man darf dabei auch nicht vergessen, dass ein System vollkommen stabil funktionieren kann, während sich seine inneren Bedingungen längst verändert haben. Es könnte sogar immer effizienter werden, ohne dass wir bemerken, was dabei verloren geht.

Pfalzbote: Somit könnte die Demokratie eines Tages besser funktionieren als jemals zuvor und gerade deshalb aufhören, demokratisch zu sein.

Arendt: Ja. Das wäre die beunruhigendste Möglichkeit.

Pfalzbote: Ob unsere Fixierung auf Trump, Meloni, die AfD und andere autoritäre Politiker deshalb immer auch ein wenig beruhigend war? Der autoritäre Politiker besitzt schließlich ein Gesicht, das sich beobachten und bekämpfen lässt. Man kann ihn kritisieren und gegen ihn demonstrieren. Selbst seine Macht bleibt sichtbar. Eine künstliche Intelligenz müsste dagegen weder eine Partei noch eine eigene Ideologie besitzen. Sie muss niemanden unterdrücken und nicht einmal selbst nach politischer Macht streben. Es genügt, wenn sie immer nützlicher wird.

Arendt: Darin liegt ihr eigentlicher Unterschied zum klassischen Autoritarismus. Der Autoritäre möchte dem Bürger seine Freiheit nehmen, die Maschine agiert unauffälliger, indem sie ihm die Freiheit lässt, aber zugleich das Urteilen abnimmt.

Weizenbaum: Dadurch würde die Demokratie nicht gegen ihren Willen verschwinden, sondern sich vielmehr selbst entlasten.

Pfalzbote: Freiwillig?

Weizenbaum: Niemand müsste der Demokratie etwas wegnehmen. Die Menschen würden nach und nach selbst entscheiden, welche Entscheidungen sie nicht mehr selbst treffen wollen.

Pfalzbote: Deshalb wird es auch keine letzte Wahl geben, nach der ein Diktator die Parlamente schließen lässt. Ihr Ende könnte viel unspektakulärer aussehen. Ein Bürger fragt die künstliche Intelligenz, welche Partei seine Interessen am besten vertritt. Ein anderer lässt sich erklären, was er über eine politische Krise denken soll.

Ein dritter bittet sie wiederum, seine Gegenargumente zu formulieren, und ein vierter lässt seine politische Entscheidung mit seinen persönlichen Werten abgleichen. Die Frage lautet dann nur noch: „Wenn du an meiner Stelle wärst, was würdest du wählen?“ Die Maschine antwortet. Die letzte Wahl, die stattfindet, wäre demnach die, bei der ein Mensch noch selbst weiß, warum er sich für eine Möglichkeit entschieden hat.

Arendt: Ich glaube, genau dort liegt die gefährlichste Grenze. Der Mensch dürfte zwar noch wählen, weiß aber selbst nicht mehr, warum er wählt. Die Frage wäre dann nicht mehr, ob der Mensch noch frei wählen kann, sondern ob er überhaupt noch selbst urteilt. Somit müsste die entscheidende Frage an die künstliche Intelligenz nicht mehr lauten: Was kannst du?

Pfalzbote: Sondern?

Arendt: Was darf der Mensch aufhören, selbst zu tun?

Wiener: Diese Frage beschreibt auch die Geschichte unserer Maschinen. Zuerst bauten wir sie, um unsere Muskeln zu ersetzen, dann überließen wir ihnen Berechnungen, für die unsere Hände und Köpfe zu langsam waren. Heute lassen wir sie Texte schreiben, Erinnerungen ordnen, Informationen auswählen, Bilder erzeugen und Entscheidungen vorbereiten.

Pfalzbote: Der nächste Schritt könnte darin bestehen, ihnen unser Urteil zu überlassen.

Wiener: Ja. Damit würde sich das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine grundlegend verändern. Wer körperliche Arbeit abgibt, bleibt derselbe Mensch. Wer eine Berechnung einer Maschine überlässt, kann anschließend immer noch selbst entscheiden. Wer allerdings beginnt, das eigene Urteil abzugeben, überlässt ihr nicht mehr nur eine Tä-

tigkeit, sondern gibt einen Teil dessen ab, was ihn überhaupt erst zum politischen Subjekt macht.

Pfalzbote: Muss die Verteidigung der Demokratie deshalb nicht darin bestehen, künstliche Intelligenz zu verbieten, sondern vielmehr Räume zu bewahren, in denen der Mensch selbst urteilen kann?

Weizenbaum: Ja. Demokratie hat niemals darin bestanden, immer die beste Entscheidung zu treffen.

Pfalzbote: Sie besteht darin, dass Menschen entscheiden, was sie für die beste Entscheidung halten, und für dieses Urteil Verantwortung übernehmen.

Arendt: Das ist die letzte Grenze. Sie verschwindet allerdings nicht, weil sie jemand niederreißt, sondern weil wir irgendwann feststellen, dass wir sie freiwillig überschritten haben.

Literaturverzeichnis:

Arendt, Hannah (2020): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Piper.

Arendt, Hannah (2012): *Zwischen Vergangenheit und Zukunft. Übungen im politischen Denken I*. München, Piper.

Weizenbaum, Joseph (1978): *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft*. Frankfurt am Main, Suhrkamp.

Weizenbaum, Joseph (1984): *Kurs auf den Eisberg. Die Verantwortung des Einzelnen und die Diktatur der Technik*. München, Piper.

Wiener, Norbert (1968): *Kybernetik. Regelung und Nachrichtenübertragung im Lebewesen und in der Maschine*. Leipzig, Rowohlt Verlag.

Wiener, Norbert (1958): *Mensch und Menschmaschine*. Berlin: Ullstein.

Transparenzhinweis: Dieses philosophische Fragment ist als fiktives Interview konzipiert. Ich habe die historischen Gesprächspartner nicht tatsächlich befragt, sondern ihre Positionen literarisch rekonstruiert und mit gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Fragen konfrontiert. Den Text habe ich unter Verwendung KI-gestützter Sprachassistenten stilistisch verdichtet.